

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppsn d

## Inhalt

Günter Verheugen MdB,  
Mitglied des Auswärtigen  
Ausschusses des Deutschen  
Bundestages, setzt sich mit  
der Außenpolitik der Union  
auseinander: Richtungs-  
streit schadet deutschen In-  
teressen.

Seite 1

Peter S. Lutz, Stellvertre-  
tender Direktor des Insti-  
tuts für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik der  
Universität Hamburg, plä-  
diert für eine neue Sicher-  
heitspolitik: Gemeinsame  
Sicherheit herstellen.

Seite 4

40. Jahrgang / 141 / 29. Juli 1985

Über Gemeinsamkeit, Geschichtsfälschung und kurzes Gedächtnis

Die Unions-Parteien brauchen noch ihr außenpolitisches Godesberg

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

In der politischen Klippschule lernt man ganz zu Anfang, daß man von eigenen Problemen am besten dadurch ablenkt, daß man sich einen Gegner aufbaut und ihn dann wild bekämpft. Nach dieser einfachen Regel führen die Unionsparteien zur Zeit die außenpolitische Diskussion.

Das eigene Problem ist der Richtungsstreit innerhalb der Koalition über die Außenpolitik, deren „Wende“ dem deutsch-nationalen Flügel der Union nicht deutlich genug ist. Es ist kein Streit um Worte, wenn in der Koalition über „Kontinuität“ oder über den Begriffsinhalt der „neuen Phase der Entspannungspolitik“ diskutiert wird. Um was es geht, hat Strauß auf einen klaren Nenner gebracht: Er will nicht die Außenpolitik fortsetzen, die er 13 Jahre lang (erfolglos) bekämpft hat.

Der schnell aufgebaute Gegner, der von diesem Streit ablenken soll, ist die SPD. Ihre Bemühungen um Friedenssicherung, Entspannung und Abrüstung werden als Anpassung an Moskau, Anti-Amerikanismus, Neutralismus und Verrat an der eigenen Geschichte bekämpft. Immer nach der Devise: Es wird schon etwas hängenbleiben.

Den Kampf gegen den so aufgebauten Gegner hat jetzt auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, aufgenommen. Er lieferte kürzlich im Süddeutschen Rundfunk eine sehr prinzipielle Variante des Versuchs, die SPD in die Moskauer Ecke zu drängen. Er verdient eine prinzipielle Antwort.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120409

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlagsgesellschaft  
für allgemeine Rundfunk  
Recording-Printer



Kleins These lautet, daß die SPD die Kontinuität und Gemeinsamkeit der Außenpolitik verlassen habe. Sein Kontinuitätsbegriff ist allerdings verblüffend, wenn er sagt: „Es gab die Kontinuität aus der Zeit Konrad Adenauers in wichtigen Fragen, die teilweise von der Regierung Brandt und dann von der Regierung Schmidt verlassen worden ist.“

Richtig ist, daß das Hauptelement der Adenauerschen Außenpolitik, die Integration der Bundesrepublik Deutschland in den Westen, bis heute Bestand hat. Die SPD steht zu Europa (was in der Praxis der jetzigen Regierung nicht so sicher ist) und sie steht zur NATO in ihrer seit dem Harmel-Bericht gültigen Aufgabenbeschreibung als Verteidigungsbündnis und politisches Instrument der Entspannung. Die SPD steht auch zu der Phase der deutschen Außenpolitik und ihren Ergebnissen, die erst nach Adenauer einsetzte: Zaghafte Zeit der großen Koalition, entschlossen und konsequent unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt.

Man nennt diese Phase etwas verkürzt die Phase der „Ostpolitik“. Es war aber mehr. Es war der Eintritt der Bundesrepublik als aktive Kraft in den Ost-West-Dialog, in den Prozeß der Entspannung und Friedenssicherung. Diesen Prozeß hat die Union bekämpft. Ihre Haltung zu den Ostverträgen, zum Grundlagenvertrag, zum NATO-Beitritt und zur KSZE ist nicht vergessen: sie war dagegen. Nur Teile der Union haben sich der Einsicht in die Notwendigkeit dieser Politik nicht verschlossen. Klein sagt im Grunde, daß Kontinuität und Gemeinsamkeit in der Außenpolitik nur für den von der CDU gestalteten Teil der deutschen Außenpolitik erlaubt sein können. Und damit verschweigt er das Wesentliche: daß es nämlich die CDU/CSU ist, die sich verweigert hat und ein wichtiges Stück unserer Nachkriegsgeschichte nicht mitträgt.

Man kann Gemeinsamkeit nicht nur für ein Stück Außenpolitik verlangen. Man kann nicht von Kontinuität reden und die letzten 15 Jahre einfach ausblenden. Was hier vorgeführt wird, ist ein Stück Geschichtsfälschung und offenbart ein ganz kurzes Gedächtnis im Hinblick auf die selbstgewählte eigene Außenseiterrolle.

Es ist klar, daß Klein sich in Wahrheit nicht mit der SPD auseinandersetzt, sondern mit dem eigenen Kanzler und dem eigenen Außenminister. Die Schelte ist nur die Mimikry.

Auch was Klein sonst an Belegen bringt, daß die SPD und nicht er aus der Kontinuität ausgebrochen ist, erweist sich als dürftig. Widerstand gegen die sogenannte Nachrüstung ist bei ihm gleich Neutralismus. Hat er denn die bündnisimmanente Argumentation der SPD überhaupt nicht wahrgenommen?



Den mit der SED ausgehandelten Vertragsvorschlag für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa nennt er eine NATO-feindliche Nebenaußenpolitik. Weiß er nicht, daß es in seiner Fraktion Leute gibt, die auf chemische Waffen sogar einseitig verzichten möchten? Das Gespräch mit der SED überhaupt ist nach seiner Meinung Verrat an den von der SED verfolgten Sozialdemokraten. Und wen verrät - nach dieser Logik - sein eigener Parteichef, wenn er nicht nur spricht, sondern Milliarden-Kredite für die DDR einfädelt? Und natürlich: Wenn die SPD mit osteuropäischen Parteien spricht, dann biedert sie sich bei totalitären Regimen an, wenn Strauß mit Ceausescu Bärnen jagt und die CSU-Landesgruppe in Budapest pokuliert, dann geschieht das im Interesse der deutschen Minderheiten.

Nein, „Johnny“ Klein ist auch nicht mehr, was er einmal war. Merke: Wer unbedingt etwas werden will, dessen Denkvermögen wird leicht getrübt.

Gemeinsamkeit in außenpolitischen Grundfragen wäre für unser Land ein Gewinn. Kontinuität der Westpolitik und der Ostpolitik ist lebenswichtig für uns. Der deutschen Sache ist besser gedient, wenn man nicht in die Kategorien des Kalten Krieges zurückfällt.

Es ist Sache der Rechten in der Union, zu deren Sprechern sich jetzt auch Klein gesellt hat, die außenpolitische Gemeinsamkeit herzustellen und Kontinuität zu wahren. Erst dann nämlich kann der Ansehens- und Einflußverlust der deutschen Außenpolitik seit Kohl zurückgedrängt werden. Weil sich ein Teil der Union der Gemeinsamkeit verweigert, wird die Regierung als Gesprächspartner nicht ernst genug genommen. Wo einmal außenpolitisches Gewicht der Bundesrepublik war, ist heute ein Vakuum.

Die Unionsparteien brauchen, Klein hat es erneut demonstriert, immer noch ihre außenpolitisches Godesberg.

(-/29.7.1985/va/rs)

+ + +



Was heißt „Gemeinsame Sicherheit“?

Plädoyer für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD

Von Dieter S. Lutz

Stellvertretender Direktor des Instituts für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg

In einer Zeit, in der nicht nur die ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen - gewollt oder ungewollt - grenzüberschreitend wirken (Wirtschaftskrise, Umweltverschmutzung, radioaktive Folgen eines Atomkrieges et cetera), kann Sicherheit nicht länger einseitig erlangt werden. Eigene Sicherheit muß vielmehr stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Kurz: Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben.

Auf Kernelementen dieser Einsicht ruhte bereits die sozialdemokratische Ost- und Entspannungspolitik der 60er und 70er Jahre. Sozialdemokraten wie Egon Bahr und Olaf Palme haben sie zu Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre auf den Schlüsselbegriff der „Sicherheitspartnerschaft“ gebracht beziehungsweise in der „Doktrin der gemeinsamen Sicherheit“ zusammengeführt. Was beinhaltet und bedeutet „Gemeinsame Sicherheit“?

Ein Vergleich Gemeinsamer Sicherheit mit anderen sicherheitspolitischen Konzeptionen und Doktrinen spiegelt die grundlegenden Differenzen wider, läßt aber auch teilweise Parallelen erkennen. Gemeinsame Sicherheit (GS) ist ein Konzept der Kriegsverhütung:

- Ähnlich der Abschreckungsdoktrin will GS Kriege mit militärischen Mitteln verhindern beziehungsweise Kriege auf einer möglichst niedrigen Eskalationsstufe „einfangen“. Anders als die Abschreckungsdoktrin ist GS jedoch ein Konzept der „Abhaltung“ auf der Basis „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“; das heißt zweierlei: zum einen kennt die gesellschaftliche Organisation von GS weder Feindbilder (nach außen) noch einen militärisch-industriellen Komplex (im Innern), zum anderen läßt die Streitkräfteorganisation weder politische Pressionen (Drohungen, Erpressungen) in Friedenszeiten noch Fehlkalkulationen in Krisen- und Kriegszeiten („Computerirrtum“, „Weltkrieg wider Willen“) zu;
- Ähnlich der Rüstungskontrollschule beziehungsweise dem Konzept der Kooperativen Rüstungssteuerung will GS das Abschreckungs-/Abhaltungssystem kurz- und mittelfristig stabilisieren („balance of power“). Ferner verlangt das Merkmal des „Gemeinsamen“, daß alle militär- und sicherheitspolitisch relevanten Probleme und Aktivitäten gemeinsam und kooperativ diskutiert und ausgehandelt werden. Anders als die Rüstungskontrollschule will GS aber nicht nur Rüstungsdynamiken beschneiden, sondern ausdrücklich zur Überwindung des Droh- und Abschreckungssystems beitragen.
- Ähnlich der Neutralität will GS grundsätzlich die friedliche Streitschlichtung, ohne ein pazifistisches Konzept zu sein. Anders als die Neutralität geht GS aber gerade davon aus, daß die Organisation der Kriegsverhütung nicht mehr als nationalstaatliches Problem gelöst werden kann, sondern nur noch als eine staaten- und systemübergreifende Aufgabe („Atomarer Fallout kennt keine Staatsgrenzen“).
- Ähnlich den Vorschlägen einseitiger Rüstungsbegrenzungen (Unilateralismus/Gradualismus) kennt GS unilaterale Maßnahmen. (GS gebraucht das Adjektiv „gemeinsam“ in einem doppelten Sinne: Zum einen unter dem Aspekt der Gemeinsamkeit der Aktivitäten, zum anderen aber auch mit Blick auf das Problem der „gemeinsamen“ Betroffenheit möglicher Gefährdungen und Destabilisierungen. Letzteres kann auch einseitigen Verzicht verlangen.) Anders als die entsprechenden in der Öffentlichkeit vorgebrachten Forderungen will GS die jeweiligen Vorschläge und Maßnahmen aber in eine politische Gesamtkonzeption zur Überwindung des (militärischen) Ost-West-Konfliktes eingebunden sehen.



- Ähnlich dem Konzept der Sozialen Verteidigung will GS Gewaltanwendung und Gewaltfolgen minimieren und Frieden durch zivile Interaktionen und Kooperationen sichern. Anders als das Konzept der Sozialen Verteidigung geht GS aber nicht davon aus, daß auf militärische Streitkräfte in Gänze verzichtet werden kann.

- Ähnlich der Friedlichen Koexistenz sieht GS Kriege zwischen Ost und West (Kapitalismus und Kommunismus) als vermeidbar an. Anders als in der Theorie der Friedlichen Koexistenz geht GS aber nicht gleichzeitig vom Ziel der Überwindung des gegnerischen Systems aus, sondern läßt die Frage der Systemkonkurrenz (Konvergenz, Kommutation et cetera) vorerst offen.

- Ähnlich der Kollektiven Sicherheit will GS das Drohsystem und letztlich die Pakte überwinden sowie Krieg gemeinsam verhüten. Anders als ein System Kollektiver Sicherheit ist GS aber (lediglich) auf Friedenssituationen (und eventuelle Kriegszeiten) ausgerichtet, die gemeinsame Abwehr gegen einen Aggressor beziehungsweise der (automatische) Beistand gegenüber dem Angegriffenen im Kriegsfall ist dagegen noch nicht vorgesehen. Das heißt: In der Logik von Gemeinsamer Sicherheit liegt Kollektive Sicherheit, oder umgekehrt: Kollektive Sicherheit hat Gemeinsame Sicherheit zur Voraussetzung.

Was resultiert aus diesen Definitionsmerkmalen für die kurz- und mittelfristige Politik? Die Antwort geben folgende fünf Forderungen.

1. Destabilisierungsverzicht: Gemeinsame Sicherheit fordert den einseitigen Verzicht auf Destabilisierung, das heißt die Unterlassung all dessen, was die Sicherheit des anderen (und damit in seinen Rückwirkungen wiederum auf das Gesamtsystem die eigene Sicherheit) beeinträchtigen würde. Gemeinsame Sicherheit verlangt deshalb den Abbau der sogenannten „Nachrüstungswaffen“ ebenso wie die Ablehnung einer Beteiligung an Projekten wie die Weltraumrüstungsinitiative (SDI) oder die Verwirklichung von Vorhaben wie den sogenannten Rogers-Plan (FOFA).
2. Abrüstungsmaßnahmen: Gemeinsame Sicherheit will mehr Sicherheit durch weniger Waffen. Dieses Ziel ist durch Abrüstungsverhandlungen, aber auch durch unilaterale Rüstungsreduzierungen erreichbar. Zu den kurzfristigen Abrüstungsschritten der Bundesrepublik sollte das vorläufige Einfrieren des Militärhaushaltes gehören (mit der Folge der Streichung der Entwicklungsausgaben für neue Großwaffensysteme der Zukunft, wie „Jäger 90“ oder „Leopard III“).
3. Verzicht auf Massenvernichtungsmittel. Massenvernichtungsmittel stehen in Widerspruch zur Gemeinsamen Sicherheit und stärker noch zur Kollektiven Sicherheit. Spätestens im System Kollektiver Sicherheit würde der Einsatz von chemischen und atomaren Waffen (nach innen) stets die Selbstzerstörung (eines Teils) des eigenen Territoriums und die Selbstvernichtung (eines Teils der eigenen Bevölkerung) bedeuten. Massenvernichtungsmittel sind deshalb (über einen Prozeß der Bildung von chemiewaffenfreien und nuklearwaffenfreien Zonen, gegebenenfalls auch einseitig) abzuschaffen.



4. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (im engeren Sinne). Gemeinsame Sicherheit will effiziente Streitkräfte, die der militärischen Abhaltung und gegebenenfalls Verteidigung dienen, deren Struktur und Bewaffnung aber eine militärische Aggression keinesfalls zulassen. Zu fordern sind deshalb unter anderem die Bildung gemischt-nationaler Kontingente, die Aufgabe des nationalen Triade-Konzepts und die Umrüstung der Streitkräfte auf ein defensiv-orientiertes Wehropotential.
5. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (in weiterem Sinne). Voraussetzung und Teil Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit auf zwischenstaatlicher Ebene ist eine friedens- und abrüstungsfreundliche innenpolitische Struktur und eine entsprechend engagierte und politischen Druck ausübende Öffentlichkeit, kurz: die innergesellschaftliche Organisation von Frieden, die eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit nach außen auf Dauer garantiert. Zu unterstützen sind deshalb alle Maßnahmen und Initiativen, wie die innergesellschaftliche Einschränkung und Kontrolle des militärisch-industriellen Komplexes, der Abbau von Feindbildern, die Stärkung der politisch-administrativen Abrüstungsplanung, der Ausbau von Friedensforschung und Friedenserziehung, die Durchführung von Rüstungskonversionsmaßnahmen und die Suche nach zivilen Alternativprodukten.

Die Chance für eine große Volkspartei wie die SPD, sich nicht nur (in der Opposition) zu einer neuen Friedensprogrammatik und einer alternativen Sicherheitskonzeption durchzuringen, sondern sie auch (im Regierungsfalle) umzusetzen, ist umso höher

- wenn zum einen eine starke soziale Bewegung quer zu den institutionellen Parteistrukturen denkt,
- wenn zum anderen im Streit um Parlaments- und Regierungsmehrheiten ein zusätzliches Parteienkorrektiv existiert.

Für die vorangegangenen Aussagen bedeutet diese Überlegung, daß sie zwar mit Blick auf die SPD formuliert sind, sie sich aber auch an die Friedensbewegung und an die Partei „Die Grünen“ richten.

(-/29.7.1985/vo/rs)

+ + +

